

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 24.06.2020

Ort: Stadion an der Gellertstraße, Gellertstraße 25, 09130 Chemnitz

Zeit: 15:04 Uhr - 21:43 Uhr

Vorsitzende: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Ist: 54 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Sven Bader	AfD-Stadtratsfraktion	privat
Herr Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	privat
Frau Carolin Juler	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	privat
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Andreas Wolf-Kather	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	privat

Verspätetes Erscheinen

Herr Dr. Volker Dringenberg	AfD-Stadtratsfraktion	16:01 Uhr, TOP 6.10
Herr Lars Kuppi	AfD-Stadtratsfraktion	16:11 Uhr, TOP 6.11

Vorzeitiges Verlassen

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	21:22 Uhr, TOP 8.16
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	20:40 Uhr
Herr Karl Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	20:10 Uhr
Frau Susann Mäder	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18:30 Uhr
Herr Paul Günter Steuer	fraktionsloses Stadtratsmitglied	18:20 Uhr, TOP 8.11

Zeitweilige Abwesenheit

Herr Falk Müller	AfD-Stadtratsfraktion	18:50 Uhr bis 20:15 Uhr
------------------	-----------------------	-------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Sylvia Billert	Referentin Dezernat 1
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Herr Bert Hippmann	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Angela Lasch	Abteilungsleiterin Abt. 52.1

Herr Jan Jirka Meyer	Amtsleiter Amt 40
Frau Katrin Neumann	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Matthias Nowak	Pressesprecher
Herr Roger Rabenhold	Amtsleiter Amt 52
Herr Falk Reinhardt	Leister SE 17
Frau Ramona Seidel	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Herr Thomas Tittel	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15
Frau Sabine Widmann	Leiterin Abt. 30.1

Fraktionsangestellte

Frau Ramona Bothe-Christl
Herr Dinh Hai Bui
Herr Stefan Kraatz
Herr Toni Kunert
Herr René Mann
Herr Bob Polzer
Frau Anja Schale

Schriftführerin

Frau Carolin Müller Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass der Beschlussantrag BA-016/2020 (TOP 8.2) durch den Einreicher zurückgezogen wurde. Des Weiteren wurde der BA-071/2020 (TOP 8.17) vom Einreicher auf die nächste Sitzung des Stadtrates vertagt.

Es liegen keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die geänderte Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 29.04.2020
-

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schildert, dass die geplante Schließung des Kaufhofs für Chemnitz ein herber Rückschlag sei. Von der wirtschaftlichen Lage des Hauses habe nichts auf die Schließung hingedeutet. Als sie von der möglichen Schließung erfuhr, wandte sie sich an die Unternehmensleitung und hat auf die Vorzüge und weitere Entwicklung der Stadt hingewiesen. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** unternehme alles um die Schließung zu verhindern und bittet um Unterstützung. Sie führt fort, dass am 30.06.2020 die Kabinettsitzung in Chemnitz stattfindet. Wesentlicher Inhalt werde die Unterstützung der Staatsregierung zur

Kulturhauptstadtbewerbung sein. Dazu werde es auch einen Kabinettsbeschluss geben. Wenn man nicht Kulturhauptstadt 2025 werde, gebe es auch einen „Plan B“, mit dem viele Projekte umgesetzt werden können. Zum Schluss geht **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** auf die Entwicklung der Corona-Pandemie ein. Man werde die Corona-Ambulanz in der Messe schließen, da diese durch die niedrigen Fallzahlen nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Sie dankt in diesem Zusammenhang allen Partnern und Beteiligten. Die Tests werden von den Hausärzten und dem Gesundheitsamt durchgeführt. Die Ambulanz in der Messe könne aber bei einem erneuten Ausbruch innerhalb von 48 Stunden erneut aufgebaut werden. Ein Ansteckungsrisiko bestehe weiterhin, wodurch jeder Einzelne auf sein Verhalten achten müsse.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) geht ebenfalls auf die mögliche Schließung des Kaufhofs ein. Er erachtet die Aussage von Herrn Uhle als fatal. Eine mögliche Schließung könnte für die Chemnitzer Innenstadt ein Desaster bedeuten. Diese Aussage zeige, dass das Thema Wirtschaftsförderung in Chemnitz neu aufgestellt werden müsse. Dafür werde man das Nötigste tun.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass es überraschend sei, dass gerade die Filiale in Chemnitz geschlossen werden soll. Die Umsätze liegen im deutschlandweiten Vergleich im guten Mittelfeld. Auch der Standort sei optimal und einzigartig. Es lohne sich hier zu kämpfen. Man müsse nämlich auch den Bezug für ganz Süd-/Westsachsen sehen. Die Staatsregierung solle das Vorgehen gegen die Schließung unterstützen. Er sagt aber auch, wenn man den Kaufhof nicht erhalten könne, dürfe man nicht aufgeben und müsse überlegen, wie man dem Wandel im Einzelhandel gegenüberstehe.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob es auch weibliche Vorsitzende geben darf, da in der Geschäftsordnung des Stadtrates die männliche Form verwendet werde. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** entgegnet, dass in der Geschäftsordnung aufgeführt ist, dass die männliche Form ebenso für weibliche Form gilt.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/DIE PARTEI) führt aus, dass die Herausforderungen für die Stadt nicht abnehmen würden. Die Schließung zeige, welchen Stellenwert Chemnitz nach außen habe. Das dürfe man nicht länger hinnehmen. Man brauche dafür aber die Unterstützung der Bundes- und Landesregierung. Man müsse alle Kapazitäten bündeln um die Entscheidung rückgängig zu machen. Es lohne sich, auch für die Mitarbeiter, zu kämpfen und zusammenzuhalten. Sie sagt abschließend, dass man bei Baumaßnahmen keine Rückschläge mehr hinnehmen könne und früher informiert werden solle.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geht auf einen Brief ein, welcher vom Jugendamt an die freien Träger der Hilfen zur Erziehung gerichtet wurde. Das darin geschilderte Vorgehen sei unerhört. Der Zeitpunkt sei nicht gut, da die Träger in der Krise hervorragende Arbeit geleistet haben. Das Regelwerk der Kinder- und Jugendhilfe verpflichte die Stadt in einen Dialog einzutreten. Des Weiteren handle es sich um Hilfen, bei denen ein individueller Rechtsanspruch bestehe. Ihr fehle, dass Herr Bürgermeister Burghart nach außen Verantwortung übernehme. Er solle einen konstruktiven Weg gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe und den Stadträten suchen.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt zum Kaufhof, dass der Vermieter mit einbezogen werden müsse. Anschließend geht er auf die Ereignisse in Stuttgart und Amerika ein. In Amerika werden Denkmäler entfernt oder beschädigt. Man solle die Menschen dieser Zeit nicht an den heutigen Verhältnissen messen, sondern an denen ihrer Zeit. In Chemnitz habe Karl Marx fremdenfeindliche Schimpfwörter verwendet und sein Monument solle daher entfernt werden.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für die Verkehrsbund Mittelsachsen GmbH
Vorlage: B-142/2020 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Da es keinen Widerspruch gibt, erfolgt offene Wahl über Herrn Gregorzyk.

Beschluss B-142/2020

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz schlägt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen vor, Herrn Bernd Gregorzyk in den Aufsichtsrat der Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.2 Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Verwaltungskosten in weisungsfreien Angelegenheiten
Vorlage: B-110/2020 Einreicher: Dezernat 1/Amt 10
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-110/2020

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Verwaltungskosten in weisungsfreien Angelegenheiten gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.3 Einrichtung einer Grundschule am Standort Weststraße 19 in 09112 Chemnitz
Vorlage: B-050/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-050/2020

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Einrichtung einer Grundschule am Standort Weststraße 19 in 09112 Chemnitz.
2. Die Schule trägt den Arbeitstitel „Grundschule Weststraße“.

3. Die Einrichtung der Grundschule erfolgt gleitend, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab dem Schuljahr 2022/2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.4 Einrichtung einer Grundschule am Standort Jakobstraße 20 in 09130 Chemnitz
Vorlage: B-051/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-051/2020

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Einrichtung einer Grundschule am Standort Jakobstraße 20 in 09130 Chemnitz.
2. Die Schule trägt den Arbeitstitel Grundschule „Südlicher Sonnenberg“.
3. Die Einrichtung der Grundschule erfolgt gleitend, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab dem Schuljahr 2023/2024. Bis dahin wird der Schulstandort Jakobstraße 20 durch die Grund- und Oberschule „Planitzwiese“, beginnend ab dem Schuljahr 2021/2022, als temporäre Lösung genutzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.5 Einrichtung einer Grund- sowie einer Oberschule am Standort Heinrich-Schütz-Straße, Gemarkung Gablenz, Flurstück 384/10 in 09130 Chemnitz
Vorlage: B-052/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-052/2020

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Einrichtung einer Grund- sowie einer Oberschule am Standort Heinrich-Schütz-Straße, Gemarkung Gablenz, Flurstück 384/10 in 09130 Chemnitz.
2. Die Grundschule trägt den Arbeitstitel „Grundschule Planitzwiese“. Sie wird gleitend, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab dem Schuljahr 2021/2022 eingerichtet. Der Aufbau der Grundschule erfolgt baubedingt am Standort Jakobstraße 20 in 09130 Chemnitz (zukünftiges Schulobjekt der Grundschule „Südlicher Sonnenberg“). Die Inbetriebnahme des Standortes Heinrich-Schütz-Straße in 09130 Chemnitz erfolgt nach Fertigstellung des Neubaus zum Schuljahresbeginn 2023/2024.
3. Die Oberschule trägt den Arbeitstitel „Oberschule Planitzwiese“. Sie wird klassenstufenweise, beginnend mit der Klassenstufe 5, ab dem Schuljahr 2021/2022 aufgebaut. Bis zu ihrer Eigenständigkeit mit Schuljahresbeginn 2023/2024 wird sie als Außenstelle der Oberschule Gablenz geführt und baubedingt am Standort Jakobstraße 20 in 09130 Chemnitz (zukünftiges Schulobjekt der Grundschule „Südlicher Sonnenberg“) untergebracht. Die

Inbetriebnahme des Standortes Heinrich-Schütz-Straße in 09130 Chemnitz erfolgt nach Fertigstellung des Neubaus zum Schuljahresbeginn 2023/2024.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

6.6 Einrichtung einer Grundschule am Standort Charlottenstraße 52 in 09126 Chemnitz
Vorlage: B-053/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-053/2020

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Einrichtung einer Grundschule am Standort Charlottenstraße 52 in 09126 Chemnitz.
2. Die Schule trägt den Arbeitstitel „Grundschule Charlottenstraße“.
3. Die Einrichtung erfolgt gleitend, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab dem Schuljahr 2021/2022.
4. Die Grundschule wird baubedingt am Standort Comeniusstraße 1 in 09120 Chemnitz (Jan-Amos-Comenius-Grundschule) aufgebaut. Die Inbetriebnahme des Standortes Charlottenstraße 52 erfolgt nach Abschluss der Sanierung zum Schuljahresbeginn 2023/2024.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

6.7 Einrichtung einer Oberschule am Standort Hartmannstraße 21 in 09113 Chemnitz
Vorlage: B-055/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-055/2020

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Einrichtung einer Oberschule am Standort Hartmannstraße 21 in 09113 Chemnitz.
2. Die Schule trägt den Arbeitstitel Oberschule „Am Hartmannplatz“.
3. Die Einrichtung der Oberschule erfolgt gleitend, beginnend mit der Klassenstufe 5, ab dem Schuljahr 2022/2023 am Standort Hartmannstraße 21 in 09113 Chemnitz.
4. Bis zu ihrer Eigenständigkeit mit Schuljahresbeginn 2024/2025 wird sie als Außenstelle der Unteren Luisenschule -Oberschule- (Fritz-Matschke-Str. 21, 09113 Chemnitz) geführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.8 Verlegung der Annenschule -Oberschule- vom Standort Brauhausstraße 16, 09111 Chemnitz an den Standort Vetttersstraße 34, 09126 Chemnitz zum Schuljahresbeginn 2023/2024
Vorlage: B-054/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-054/2020

Der Stadtrat beschließt gemäß § 24 Abs. 1 und 4 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsSchulG) die Verlegung der Annenschule -Oberschule- vom Standort Brauhausstraße 16, 09111 Chemnitz an den Standort Vetttersstraße 34, 09126 Chemnitz zum Schuljahresbeginn 2023/2024.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.9 Turn- und Sporthallenkonzeption der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-064/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 52
-

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) führt aus, dass man die Schulnetzplanung umgesetzt und sechs neue Schulen gebaut habe. Damit wurden auch viele Schulen gemeinsam mit Turnhallen beschlossen. Durch die Schulneubauten werde auch ein Teil des hohen Bedarfes im Chemnitzer Westen gedeckt. Er gibt anschließend einen Rückblick auf die Schulnetzplanung, welche sich auch hier in der Turnhallenkonzeption zeige. Er denkt Herrn Bürgermeister Schulze und Herrn Bürgermeister Burghart für deren Einsatz.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) dankt für die gute Vorlage und ebenso gute Zusammenarbeit mit den Vereinen im Chemnitzer Westen. Die Hinweise der Vereine wurden in der Vorlage eingebaut. Erfreulich sei außerdem, dass auch in Grüna gehandelt werde.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Dank für die Vorlage und dem Gesagten von Herrn Stadtrat Renz an. Es sei gut, dass die Bedarfe von Schulen und den Vereinen betrachtet worden. Nun müsse auch die Umsetzung gut und konsequent erfolgen.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass man die kleineren Sportarten bei den Belegungen sowie deren Bedürfnissen mit im Blick behalten müsse.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) schließt sich dem Dank an. Man habe hiermit einen guten Ansatz für die Umsetzung in den nächsten Jahren. Eine Behebung des Defizits an Spielfläche war und sei nur mit der Verbindung mit Schulbauten möglich. Man wünsche sich, dass die Umsetzung auch mit den veranschlagten Zeitschienen gehalten werden könne.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) dankt dafür, dass gerade im Chemnitzer Westen gehandelt werde. In diesem Zusammenhang weist er daraufhin, dass im Umgang mit den Vereinen in Grüna Gespräche gesucht werden sollen.

Herr Bürgermeister Burghart dankt für das Lob und die gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Es gab Gespräche zu den Berechnungen der Kapazitäten insgesamt. Bei der Verteilung der Zeiten werde geschaut, dass jede Sportart ihre Berechtigung habe. Das Gespräch mit den Vereinen in Grüna habe bereits

stattgefunden.

Beschluss B-064/2020

Der Stadtrat beschließt unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel und der Bereitstellung geplanten Fördermittel die Turn- und Sporthallenkonzeption der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 3 als Handlungsrahmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.10 Betreibung der neuen Kindertageseinrichtung Am Heim 15a in Trägerschaft der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-147/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-147/2020

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Beschluss des Stadtrat B-046/2018, Punkt 8 („Die Betreibung der zu errichtenden Kindertageseinrichtung erfolgt durch die Heim gmbH. Das Gebäude mit Außenanlagen wird der Heim gmbH auf vertraglicher Basis zur Nutzung überlassen.“) wird aufgehoben.
2. Die Stadt Chemnitz betreibt die Kindertageseinrichtung Am Heim 15a ab Bezugsfähigkeit, voraussichtlich ab 01.09.2020, in kommunaler Trägerschaft.
3. Die 15 erforderlichen Stellen für die pädagogischen Fachkräfte und 0,6 AE Hausmeister werden im Stellenplan der Stadt Chemnitz unterjährig aufgebaut.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.11 Baubeschluss (KBC) für die Hochbaumaßnahme „Dreizügige Oberschule Vetterstraße 34 inklusive Zweifeldsporthalle“
Vorlage: B-132/2020 Einreicher: Dezernat 6
-

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. In Chemnitz sei der motorisierte Individualverkehr die überwiegende Verkehrsart. Das solle man anerkennen. An dem städtischen Grundstück an der Vettertstraße sei ausreichend Platz für weitere zehn Stellplätze vorhanden, wodurch insgesamt 15 Stellplätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Dafür werde dann auch ein angemessener Mietpreis gezahlt.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass es nicht die ökonomischste Lösung sein könne, ein neues Gebäude zu errichten anstelle ein bereits bestehendes Gebäude zu erneuern. Außerdem sei der Baupreis teurer als in anderen Städten. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass das Vorhaben an Kommunalbau Chemnitz übertragen wurde. Er bittet darum, dass es dazu eine regelmäßige Berichterstattung der Vertreter von Kommunalbau Chemnitz im

Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität geben solle.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob die Sächsische Bauordnung mehr Parkplätze vorsehe.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt zu den Baukosten, dass diese bei 2650 Euro pro Quadratmeter liegen. In der Bildungslandschaft gab es Veränderungen, wodurch sich unter anderem auch die Raumprogramme geändert haben. Man reagiere hier also mit einem zeitgemäßen Ansatz, auch wenn es schade sei, dass man ein bestehendes Gebäude abreiße. Zu den Parkplätzen sagt er, dass er lieber die Fläche für einen geräumigen Außenbereich für die Kinder, als für eine Stellfläche für PKW zur Verfügung stelle.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass es Regelungen in der Bauordnung für die Stellplätze geben würde. Diese seien für die Lehrer und nicht für die Schüler gedacht. In der Vetterstraße stünden viele Autos von Studenten, die mögliche Parkplätze für Lehrer besetzen würden. Dass sich Lehrer Parkplätze im öffentlichen Raum suchen müssen, findet er nicht zeitgemäß.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) freut sich über die wenigen Stellplätze. Die Jugendlichen haben das Fehlen von ausreichend Außenfläche oft angemerkt. Sie wünscht sich, dass man noch Varianten für Fahrradstellplätze findet, die noch mehr Fahrräder ermöglichen können.

Herr Bürgermeister Stötzer verweist auf das Parkhaus am Pegasus Center. Das sei in der Umgebung der Schule gelegen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt nochmals, was die Sächsische Bauordnung zu den Stellplätzen festlege.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass dieser Bau günstiger sei als bei anderen Chemnitzer Schulen. Er bezweifle jedoch, dass ein Neubau günstiger sei als eine Sanierung. Bei vielen Gebäuden lassen sich auch die Wände problemlos verschieben, wodurch man die Raumaufteilung ändern könne. Bei privaten Bauvorhaben stelle die Stadt hohe Anforderungen an Stellplätze.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass auf dem Gelände noch ein ungenutzter Sportplatz und genügend Platz vorhanden sei. Außerdem haben Lehrer auch Materialien mit, die diese nicht von einem Parkhaus zur Schule tragen sollen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass die Fläche hinter dem Subbotnik nicht Teil der Vorlage und nochmals einzeln zu beplanen sei. Darüber werde man sich noch unterhalten. Die Beantwortung der Frage von Herrn Stadtrat Köhler reiche er nach.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-132/2020

Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Bereitstellung der Fördermittel, die Bauausführung der Hochbaumaßnahme „Dreizügige Oberschule Vetttersstraße 34 inklusive Zweifeldsporthalle“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.12 überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Hochbaumaßnahme Sanierung und Erweiterung Große Kunstturnhalle
Vorlage: B-161/2020 Einreicher: Dezernat 5/Dezernat 6
-

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bittet aufgrund der kurzfristigen Ausreichung eines Änderungsantrages um eine Sitzungsunterbrechung. **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stimmt dem zu.

- Sitzungsunterbrechung von 16:18 Uhr bis 16:32 Uhr -

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft der Vorlage zustimmen werde aber Klärungsbedarf bestehe. Man habe in der letzten Zeit viele Vorlagen für überplanmäßige Mittelbereitstellungen für Baumaßnahmen beschlossen. Aus seiner Sicht liegen hier mehrere systematische Fehler vor. So zum Beispiel bei der Vergabe. Bei den Referenzen seien keine Sporteinrichtungen zu finden. Ebenfalls seien die Verträge zu hinterfragen, welche zulassen, dass die Bauleitung einem Subunternehmer übertragen wurde. Auch hier seien keine Referenzen im Bereich des Sports ersichtlich. Somit sei die Frage, warum dann überhaupt eine Vergabe an das Unternehmen stattfand. Zum Bauplanungscontrolling führt er aus, dass vor der Ausschreibung eine Plausibilitätsprüfung durchgeführt werde. In diesem Zusammenhang fehle auch die Verantwortung durch den Bauherren. **Herr Stadtrat Scherzberg** geht abschließend auf den Haushaltsansatz ein. Man stelle hier Mittel nach einer Kostenschätzung aus der Leistungsphase zwei ein. Man habe aber erst eine verlässliche Kostenschätzung in Leistungsphase drei. Das finde anscheinend jetzt Anwendung. Des Weiteren werden keine Risikomittel eingeplant. Wenn man diese bei einer Baumaßnahme nicht brauche, werden Mittel für andere Baumaßnahmen frei.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Stadtrat Scherzberg zu. Ihre Fraktion werde sich dafür stark machen, dass im nächsten Haushalt ein Planungskostenpool eingestellt werde, der die ordnungsgemäße und gründliche Vorbereitung von solchen Vorhaben ermögliche. Sie spricht sich für eine zügige Fertigstellung der Kunstturnhalle aus. Jedoch solle man an der Stelle, wo man keine Einschränkungen für die Nutzer habe an Kosten sparen. Aus diesem Grund habe ihre Fraktionsgemeinschaft den Änderungsantrag eingebracht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Man müsse bei den aufgetretenen Problemen fragen, ob man im Dezernat 6 ausreichend aufgestellt sei. Eine regelmäßige Information im Ausschuss sei außerdem nötig. Ein großes Problem sieht er in dem Umgang mit den gefassten Beschlüssen. So auch bei der Schwimmhalle am Sportforum. Diese sei beschlossen und dem Verein so mitgeteilt worden. Entweder bekomme der Stadtrat eine Vorlage mit neuem Bauablauf oder die Maßnahme müsse so ausgeführt werden, wie sie damals beschlossen wurde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) führt aus, dass man kein Kostenproblem sondern ein Führungsproblem im Dezernat 6 habe. In Zukunft könne es mit den Baukosten so nicht weitergehen. Die Reihenfolge sei grundsätzlich falsch. Man müsse im Stadtrat ein Budget beschließen und von diesem dann die Kosten für einzelne Bereiche ableiten. Man soll sich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität intern zum Verfahren austauschen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) sieht das Problem darin, dass man sich zu wenig Zeit für die Vorbereitung von Baumaßnahmen nehme. Ein Baustopp würde zu noch höheren Mehrkosten führen. Man habe sich im gestrigen Ausschuss dazu verständigt, dass man sich ein Konzept von der Verwaltung vorlegen lasse, wie Baumaßnahmen zukünftig gesteuert werden sollen. Der Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei an dieser Stelle ungünstig, da keine weiteren „Puffer“ eingebaut seien.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass es solche Diskussionen schon früher hätte geben müssen. Er schildert, dass die Fraktion einen Untersuchungsausschuss für Baumaßnahmen beantragen werde.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) begründet, warum sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Der Schwimmverein solle hier nicht beschnitten werden. Man sei an einem Punkt, an dem man Konsequenzen ziehen müsse. Er fragt Herrn Bürgermeister Stötzer, ob es in seinem Dezernat personelle Konsequenzen gebe und wenn nein, dann beauftrage seine Fraktion die Oberbürgermeisterin personelle Konsequenzen im Dezernat 6 durchzusetzen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass man hier über Menschen rede, die diese Vorhaben bewältigen müssen. Man dürfe die Menschlichkeit nicht vergessen. Ihn ärgert es massiv, dass man erst darüber spreche, wenn es bereits zu spät sei. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität entscheide nicht mehr um inhaltliche Themen, sondern nur bei der Verteilung von Geldern. Die Prozesse müssen dahingehend geändert werden. Personelle Konsequenzen werden an der aktuellen Situation nichts ändern.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Änderungsantrag zurück und reicht einen neuen Antrag ein.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) führt aus, dass man keine Nachträge beschließen könne, wenn man diese nicht kenne. Er bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) spricht zum Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und sagt, dass er Bedenken habe dort Einsparungen vorzunehmen.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass es schmerzhaft sei, wenn man Fehler gemacht habe. Man beschließe hier keine Nachträge, sondern die Möglichkeit der Finanzierung, wenn es Nachträge gebe. Es handle sich um eine Mittelbereitstellung. Er werde die Stadträte über das weitere Geschehen informieren. Er sagt, dass es bisher auch Fehler in der Kommunikation gegeben habe. Es sei aber auch Aufgabe der Oberbauleitung zu schildern, wo man stehe und welche Auswirkungen Fehler haben könnten. **Herr Bürgermeister Stötzer** werde nichts zu den personellen Konsequenzen sagen, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei und man nicht vorgreifen könne. Man werde die Stadträte dann in Kenntnis setzen. Er erklärt anschließend, dass man vier Bereiche habe, die zu Mehrkosten führen können.

Wenn man mit den Planungskosten in den Haushalt gehe wolle, könne man das aber auch erst entsprechend zu einem späteren Zeitpunkt. Außerdem können sich die Aufgaben ändern, da man mehrere Parteien habe, die sich am Projekt beteiligen. **Herr Bürgermeister Stötzer** sagt des Weiteren, dass man sich nochmals die Prozesse in der Verwaltung anschauen müsse.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) schildert, dass man sich im Ausschuss verständigt habe, dass man Transparenz und Reserven in die Vorlage bringen solle. Er bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte zur Deckungsquelle wissen, ob man dann noch mehr in einen Rückstau komme. Er merkt an, dass Herr Bürgermeister Stötzer nicht in seiner Fraktion gewesen sei.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass man heute eine detaillierte Debatte führen könne, da man eine transparente Darstellung erhalten habe. Man habe hier eine Kostensteigerung von zwölf Prozent. Das müsse man sachlich betrachten.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass man das Thema in zwei Ausschüssen besprochen habe und in einem auch angeboten wurde, dass man nochmals in den Fraktionen dazu sprechen könne. Einige Fraktionen haben das in Anspruch genommen. Die AfD-Fraktion habe das jedoch nicht getan.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) fragt, ob es systematische Fehler und falsche Planungsgrundlagen im Prozess gebe. Man wähle immer das Mittel von überplanmäßigen Mittelbereitstellungen, da die ursprünglichen Budgets nicht reichen. Die Verantwortung des Bauherrenamtes müsse außerdem gegeben sein. Bei der Änderung der Veraltung dürfe man nicht „Nachträge“ aufführen sondern müsse es als „Risikoposition“ benennen. **Herr Bürgermeister Stötzer** schildert, dass die in der Vorlage genannten Nachträge nicht bestätigt sind und es sich hier um die Risikoposition dafür handle.

Abstimmung Änderungsantrag FDP-Fraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung Änderungsantrag Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**(22 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Beschluss B-161/2020

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2020 in der Produktuntergruppe 4241004 wie folgt:

Änderungen zum Teilfinanzhaushalt - Investitionen

-in EUR-

PSK Maßnahmenr.	Kurzbezeichnung Produktsachkonto und Maßnahmenummer	Fortgeschri ebener Ansatz	bereits genehmigte apl/üpl	Veränderung +	Veränderung /.	Ansatz neu
investive Auszahlungen						
4241004.78511100 4241004012013 Pos. 2	Sportforum, Erweiterung Große Kunstturnhalle	4.845.631	400.000	807.902		5.653.533
4242106.78511100 4242106012001 Pos. 2	Schwimmhalle im Sportforum, Erweiterungsbau*	1.363.198	0		650.000	713.198
Summe Auszahlungen				807.902	650.000	

*Die Bewirtschaftungssperre ist aufzuheben.

Änderungen zum Ergebnishaushalt

-in EUR-

1113600.72112000 1113600003001 Pos. 6	Unterhaltung der Grundstücke u. baul. Anlagen GMH, Verwaltungsgebäude, Baumaßnahmen	728.002	0		129.100	598.902
1113600.72113000 1113600173001 Pos. 2	Unterhaltung der Grundstücke u. baul. Anlagen GMH, Hochbaumaßnahmen an Gebäuden unter 400 T€	513.500	0		28.802	484.698
Summe Aufwendungen					157.902	

Die Aufwandskonten sind entsprechend anteilig zu sperren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.13 Satzungsbeschluss zur Aufhebung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 16/12 "Bahnhofsareal Altendorf" Teil A: Paul-Jäkel-Straße
Vorlage: B-123/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-123/2020

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über Aufhebung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 16/12 „Bahnhofsareal Altendorf“ Teil A: Paul-Jäkel-Straße gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.14 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16/02 Wohnpark Anton-Hermann-Straße, Einsiedel
Vorlage: B-033/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass seine Fraktionsgemeinschaft die Stellungnahme des Ortschaftsrates ablehnen werde, da die ausgereichte Information das Ansinnen der öffentlichen Widmung der Straße decke. Außerdem wolle man keine weiteren Bauverzögerungen zulassen. Er sagt, dass in Anlage 1, Seite 16, Teil A, Ordnungsnummer 16, 1. Sachverhalt die Maßnahmen für den Hochwasserschutz als berücksichtigt gelten würden. Dem widerspricht er. Aufgrund der Hanglage und der hohen Versiegelung werden Hochwasserereignisse in diesem Gebiet verschärft werden. Die Regenrückhaltung sei nicht auf dem neuesten Stand. Er werde der Vorlage trotzdem zustimmen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützt die Aussagen von Herrn Stadtrat Scherzberg. Er bittet das Stadtplanungsamt zukünftig Anmerkungen anders zu behandeln und nicht einfach als berücksichtigt zu kennzeichnen, ohne, dass das wirklich im Sinne der Betroffenen geschehen sei. Man werde zwar ebenfalls die Stellungnahme des Ortschaftsrates ablehnen aber das eigentliche Ansinnen unterstützen. Es müsse eine Durchwegung geben.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion sich den Haltungen anschließen werde. Man brauche eine grundsätzliche Diskussion, wie man mit kleinen und mittelgroßen Projekten umgehe und wer die Straßen übernehme. Um zukünftig Projekte zu ermöglichen und Investitionssicherheit zu haben, benötige man Gewissheit, wie man mit neuen Straßen verfare.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) schildert, dass der Ortschaftsrat mit großer Mehrheit für die Vorlage gestimmt habe. Offen bleibe nur das Thema der Fußwege, wofür es aber Gespräche mit der Bahn bedarf. Durch die Aussage des Baudezernates zur Umwidmung könne man der Vorlage nun zustimmen.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass man zu der Vorlage noch ein Schreiben von Herrn Bürgermeister Stötzer erhielt, was so nochmals letzte Woche im Ortschaftsrat behandelt wurde. Da habe es ein eindeutiges Votum gegeben, dieses nicht so durchzuführen und auf der Stellungnahme zu bestehen.

Abstimmung über den Punkt 1 der Stellungnahme des Ortschaftsrates

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-033/2020

Der Stadtrat beschließt:

1. Die anlässlich der Beteiligung der Öffentlichkeit und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16/02 Wohnpark Anton-Herrmann-Straße, Einsiedel eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:
2. Aufgrund der §§ 10 und 12 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186, 187), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706, 711), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S. 62, 63), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 542, 548), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16/02 Wohnpark Anton-Herrmann-Straße, Einsiedel, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 09. Januar 2020, als Satzung (Anlage 3).
3. Die Begründung in der Fassung vom 09. Januar 2020 (Anlage 4) wird gebilligt.

4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.15 2. Baubeschluss nach DA 6001 für Straßenbau- und Tiefbaumaßnahmen, Wasserbaumaßnahmen und verkehrstechnischen Maßnahmen mit Beginn im Jahr 2020
Vorlage: B-117/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-117/2020

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung der Maßnahme Ersatzneubau der Brücke Fritz-Matschke-Straße über den Pleißenbach, BW 14.11.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.16 Erweiterung Geltungsbereich der Adorfer Straße im Stadtteil Klaffenbach
Vorlage: B-062/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 62
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-062/2020

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Geltungsbereiches der Adorfer Straße im Ortsteil Klaffenbach auf die neu entstandenen Erschließungsstraßen in der Wohnanlage „Kirchsteig“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7 Informationsvorlagen
-

- 7.1 Ergebnisse zur „Mobilität in Städten – System repräsentativer Verkehrserhebungen“ (SrV) aus 2018
Vorlage: I-023/2020 Einreicher: Dezernat 6/ Amt 66
-

Es gibt keine Fragen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Befristete Arbeitsverträge, Information zum BA-071/2019
Vorlage: I-028/2020 Einreicher: Dez. 1 / Amt 10
-

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) überreicht der Oberbürgermeisterin fünf Fragen zur schriftlichen Beantwortung.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

8.1 Fußgängerüberwege
Vorlage: BA-009/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt in den Antrag ein. Es gehe um ein ausreichendes Maß an Querungshilfen, welche man immer für den Einzelfall prüfen müsse. Viele Vorschläge wurden bisher noch nicht umgesetzt bzw. Ideen von Bürgern noch nicht geprüft. Zunächst wolle man Bedarfe feststellen und eine Prüfung, ob ein Fußgängerüberweg möglich sei. Bei der Entscheidung, welche Querungshilfe geeignet sei, dürfen dann die finanziellen Mittel nicht das einzige Argument sein. Er bringt eine Änderung des Einreichers zum zeitlichen Ablauf ein. So ermögliche man der Verwaltung eine gewisse Flexibilität.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bittet darum, dass diese Stellungnahmen der Verwaltung bis spätestens Dienstag-nachmittag vorliegen. Seine Fraktionsgemeinschaft werde dem Beschlussantrag zustimmen. Die Sicherheit von Fußgängern müssen erhöht werden. Er fragt, wann die Verkehrszählung für einen Fußgängerschutzstreifen oder ähnliches auf der Rudolf-Krahl-Straße erfolge.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Ihn würde es freuen, wenn der Antrag die Verwaltung dahingehend leitet, dass diese schaue, was umsetzbar wäre und nicht, was nicht möglich sei.

Herr Stadtrat Kuppi (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass das Thema kontinuierlich von der Verwaltung bearbeitet werde. Alle konzeptionellen Strukturen zur Bewältigung des Themas seien somit vorhanden und der Verkehrsentwicklungsplan werde ebenfalls überarbeitet. Chemnitz schneide außerdem im Vergleich zu Leipzig und Dresden in der Unfallstatistik besser ab. Es seien keine gravierenden Defizite erkennbar. Mit dem überarbeiteten Verkehrsentwicklungsplan werden die Fußgängerüberwege weiterentwickelt. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Beschluss BA-009/2020

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung:

1. die Einrichtung von Fußgängerüberwegen („Zebrastrifen“) im Stadtgebiet von Chemnitz bis zum Ende des III. Quartals 2020 zu prüfen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität im Zuge der Diskussion des Verkehrsentwicklungsplanes und/oder bis spätestens zum Ende des 1. Quartals 2021 vorzulegen.

Schwerpunkte der Prüfungen sollen u. a.:

- bisherige Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Schulen, die in den vergangenen fünf Jahren bei der SVC eingegangen sind,

- Anregungen der AG Schulwegsicherheit, der Verkehrswacht Chemnitz e. V., vom Fuss e. V., Behindertenbeirat, Seniorenbeirat sowie den Ortschaftsräten, Stadtteilmanagements und Bürgerplattformen (diese sind explizit zu erfragen und zu ergänzen),
- sowie Bedarfe, die die SVC (Tiefbauamt) sieht, als auch
- Erfahrungen mit bestehenden Fußgängerüberwegen sein.

2. Im Anschluss an die erfolgte Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität, ist die abgestimmte Vorlage dem Stadtrat mit einem entsprechenden Zeit- und Kostenplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 8.2 Sachkosten Kindertageseinrichtungen
Vorlage: BA-016/2020 Einreicher: Jugendhilfeausschuss
-

Der Beschlussantrag wurde zurückgezogen.

- 8.3 Finanzausstattung von Kindertagesstätten
Vorlage: BA-039/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
-

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass der Antrag zu Beginn des Jahres formuliert wurde. Man habe den Antrag eingebracht, da es zahlreiche Gespräche mit den freien Trägern der Kindertagesstätten gegeben habe. In diesen ist darauf hingewiesen worden, dass ein Stand erreicht sei, der eine gesetzlich definierte, ordnungsgemäße Betreuung der Kita nach fachlichen und sachlichen Kriterien in Frage stelle. Die Lücke bei den Sachkosten könne nur geschlossen werden, wenn die Kitas beispielsweise Stunden bei technischem oder wirtschaftlichem Personal kürzen. Dieses sei aber systemrelevant. Ein weiterer Grund sei die noch nicht erfolgte Überarbeitung der Rahmenvereinbarung zwischen Kommunen und freien Trägern zur Aufbringung von Sach- und Personalkosten. Die Überarbeitung wurde für das Jahr 2020 in Aussicht gestellt, ist jedoch bisher nicht erfolgt. Der ähnliche Antrag des Jugendhilfeausschusses wurde von diesem zurückgezogen, da die Träger zeigen wollen, dass man die Corona-Krise gemeinsam bewältige. Ihre Fraktionsgemeinschaft halte trotzdem an dem Antrag fest, um den Trägern Sicherheit zu geben. Sie bringe eine Änderung des Einreichers zur Zeitschiene ein.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) schildert, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde. Es habe sich seit dem Einbringen des Antrages etwas geändert. So habe man beispielsweise eine andere finanzielle Situation der Stadt. Außerdem möchten er und die freien Träger die geänderte Rahmenvereinbarung abwarten. Wenn diese nicht das Gewünschte beinhalte, werden die Träger das Thema erneut aufrufen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, ob die Deckungsquelle noch verwendet werden könne. **Herr Bürgermeister Schulze** verweist dahingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die freien Träger selbst aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Stadt den Antrag zurückgezogen haben. Er könne nicht nachvollziehen, warum dieser Antrag noch bestehen bleibe.

Man solle die Rahmenvereinbarung abwarten. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Sachkostenaufstockung lang angezeigt und dringend geboten sei. Aus den bereits dargelegten Gründen werde ihre Fraktionsgemeinschaft dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen. Das Thema müsse aber nächstes Jahr unbedingt mit aufgenommen werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt ob der Antrag zulässig sei. **Herr Bürgermeister Schulze** antwortet, dass die Deckungsquelle unterjährig nicht zur Verfügung stehe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.4 Ein Jahr Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm) - Bilanz für Chemnitz
Vorlage: BA-044/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die
PARTEI
-

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) geht auf die Gründung der Allianz ein. Die Kommunen sollten erfassen, wie die Lage in der Stadt sei und darauf zeitnah reagieren. Der Ansatz der kommunalen Prävention mittels Einsatz eines Netzwerkes sei richtig. Ausgehend von der Konferenz habe der Freistaat versprochen, Mittel in die Förderung der Präventionsarbeit zu investieren. Der Antrag bezwecke unter anderem eine Information, welche Entwicklung diese Prävention in Chemnitz genommen habe und welche Unterstützung vom Freistaat gekommen sei. Man wolle die verschiedenen Wirkungen aufzeigen.

Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass man nur vier Monate habe, die man in eine Auswertung einbeziehen könne. Man müsse sich also fragen, ob man aussagefähige und nachvollziehbare Ergebnisse erwarten könne. Es könne sein, dass die Maßnahmen noch keine Möglichkeit hatten ihre Wirkungen zu entfalten. Der Ansatz sei richtig, komme jedoch zu früh.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass der Kriminalpräventive Rat seit 1998 tages. Die Teilnehmer des Rates seien daher in der Lage festzustellen, ob es Veränderungen gebe. Eine Befragung in diesem Rahmen könne qualifizierte Aussagen ermöglichen. Seine Fraktionsgemeinschaft werde dem Antrag zustimmen.

Beschluss BA-044/2020

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im III. Quartal 2020 zu informieren, welche Ergebnisse die Teilnahme der Stadt Chemnitz an dem vom Sächsischen Innenministerium zusammen mit acht sächsischen Modellkommunen ins Leben gerufenen "Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm)" für die kommunale Kriminalprävention in unserer Stadt erbracht hat. Insbesondere soll eingeschätzt werden, wie sich der Auf- und Ausbau der kommunalen Präventionsstrukturen mit dem Ziel der breiten Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger entwickelt hat, welche sicherheits- und ordnungspolitischen Problemfelder für die Stadt identifiziert wurden, wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Kommunalpräventiven Rat und dem Ordnungsamt bzw. den örtlichen Polizeibehörden aktuell vollzieht, ob bereits Auswirkungen auf das Kriminallagebild erkennbar sind und wenn ja, welche, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadtordnungsdienst

im Konkreten darstellt und welche Effekte die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung, dem Landespräventivrat und ggf. anderen Modellkommunen innerhalb der ASSKomm bewirkt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 8.5 Verfügungsfonds für Ortschaftsräte
Vorlage: BA-051/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft, DIE LINKE/Die PARTEI
-

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass der Verfügungsfond für die Ortschaftsräte eine gute Einrichtung sei, welche auch rege genutzt werde. Dieser habe in den vergangenen Jahren viele Probleme gelöst, welche vielleicht klein aber für die Bürger wichtig waren. Die Grenzen, die dabei vorgegeben sind, sind oft schwer einzuhalten. Jedoch wurde durch die Stellungnahme der Verwaltung ersichtlich, dass die Grenze von 500 Euro für die gesamte Verwaltung gilt. Er übernimmt im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) ist mit der Aufnahme des Änderungsantrages einverstanden. Man solle die Ortschaftsräte so gut wie möglich unterstützen. Mit dem Antrag wolle die CDU-Ratsfraktion auch Wertschätzung für die Arbeit der Ortschaftsräte zeigen und ihnen einen Rahmen geben, mit denen sie auch etwas erreichen können.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat Grüna ebenfalls dem Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zugestimmt habe. Man habe damit einen guten und gemeinsamen Ansatz, welcher die guten Leistungen in den Ortschaften honoriere und Vertrauen zeige. Der Höchstbetrag solle auf 3.000 Euro gesetzt werden.

Beschluss BA-051/2020

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Ortschaftsräten, die Höhe und die Verwendungsordnung für den Verfügungsfonds zu ändern. Ziel ist es insbesondere die Finanzierung von Einzelmaßnahmen auf den höchstmöglichen Betrag zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt

- Sitzungspause von 18:30 Uhr bis 18:50 Uhr -

- 8.6 Förderung der Sächsischen Ehrenamtskarte in Chemnitz
Vorlage: BA-056/2020 Einreicher: CDU-Ratsfraktion
-

Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion) erklärt, was die Ehrenamtskarte beinhaltet. In Chemnitz gebe es aber lediglich zwei Einrichtungen die Rabatte mit dieser Karte zur Verfügung stellen. Chemnitz solle das Ehrenamt mehr wertschätzen und dieses auch zum Ausdruck bringen. Ein weiterer Aspekt sei die Wirkung nach außen, die Chemnitz mit den wenigen Angeboten gebe. Die Stadt solle dahingehend mehr tun und es als Werbung für die Stadt sehen. Er übernimmt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Ehrenamtskarte sehr aufwendig sei. Nach ihrer Meinung habe man eine einfachere und identitätsstiftende „Danke-Karte“. Der Freistaat könne hier auch mitwirken und die Karte unterstützen. Sie zieht im Namen ihrer Fraktion den Änderungsantrag dieser zurück.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN) erachtet es als wichtig, dass man das Ehrenamt anerkenne. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde dem Antrag zustimmen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) freut sich über die Zustimmung zum Ehrenamt und sagt, dass sie mit der Übernahme ihres Änderungsantrages einverstanden sind.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass die AfD-Stadtratsfraktion ebenfalls dem Antrag zustimmen werde. Man könne so gut die Anerkennung des Ehrenamtes zeigen.

Beschluss BA-056/2020

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die sächsische Ehrenamtskarte neben der Chemnitzer Danke-Card als Würdigung für das Ehrenamt auch in Chemnitz eingesetzt werden kann. Insbesondere ist sowohl für die Ehrenamtskarte, als auch die Danke-Card zu prüfen, ob und wie

- Rabatte aus der sächsischen Ehrenamtskarte in die Danke-Card integriert werden können
- städtische Einrichtungen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung Ermäßigungstarife auf Inhaber*innen der Karten anwenden können
- Angebote für die Karten aus der Region bzw. dem Freistaat als Rabattmöglichkeit hinzugewonnen werden können
- wie der Kreis der Unterstützer*innen für die Karten in Chemnitz erweitert werden kann, z. B. durch eine Kampagne
- welche Änderungen bei der Danke-Card für eine Attraktivitätssteigerung sorgen können, z.B. durch:
 - Nichtbeschränkung der Anzahl der Danke-Card
 - Ausstellung der Danke-Card für zwei Jahre, gültig ab Vergabedatum
 - Nichtbeschränkung des Beantragungszeitraumes
 - Einbeziehung von herausragender Nachbarschaftshilfe
- ehrenamtliche Mitglieder im Zivil- und Katastrophenschutz (u. a. Freiwillige Feuerwehr, DRK, DLRG, THW) die Karten automatisch erhalten

In die Prüfungen ist die Bürgerstiftung für Chemnitz e. V. einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt

- 8.7 Stärkung des Seniorenbeirates - Bereitstellung eines Beratungsraumes für Seniorensprechstunden
Vorlage: BA-057/2020 Einreicher: CDU-Ratsfraktion
-

Frau Stadträtin Neugebauer-Zeidler (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass man sich im Seniorenbeirat dazu verständigt habe, dass man die Präsenz für Senioren stärken müsse. Man möchte mit dem Antrag einen festen und barrierefreien Anlaufpunkt für Seniorensprechstunden schaffen. Dabei sollen bestehende Strukturen genutzt werden. Man wolle diese Sprechstunden auch personell absichern.

Auch die anderen Beiräte können für eine größtmögliche Auslastung des Raumes diesen nutzen. Sie teilt mit, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehmen werde und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob „DAS tietz“ eine mögliche Alternative wäre.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass im Beschlussantrag zum Seniorenbeauftragten dieser Punkt enthalten war und man damals diesem hätte zustimmen müssen.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass man jetzt Ehrenamtler habe, die noch mehr machen und Ansprechpartner für die Senioren sein wollen. Das wolle man mit einer monatlichen Sprechstunde umsetzen. Dafür müsse es möglich sein einen Raum für ein paar Stunden zur Verfügung zu stellen

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass man im Rathaus keinen Raum zur Verfügung stellen könnte, der barrierefrei ist. Gegebenenfalls wäre das in einer Begegnungsstätte besser.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt, dass es nicht darum gehe, dass die Senioren darin tagen können. Es gehe um Sprechstunden, die in einem öffentlich sichtbaren Raum im Zentrum stattfinden sollen.

Frau Stadträtin Neugebauer-Zeidler (CDU-Ratsfraktion) merkt an, dass man einen zentralen Platz finden wolle, welcher für die breite Bürgerschaft zugänglich gemacht werde.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) führt aus, dass der damalige Antrag eines Seniorenbeauftragten aus sachlichen Gründen abgelehnt wurde, da die Gemeindeordnung für die Senioren eine andere Art der Beteiligung vorsehe. Der Ansatz sei hier also ein anderer.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) freut sich über die Übernahme des Änderungsantrages ihrer Fraktion. Im Beirat habe man sich über die Räume unterhalten. Der Moritzhof sei vollkommen ausgelastet und das Rathaus biete keine Barrierefreiheit. Somit wurde „DAS tietz“ besprochen. Dieser Ort sei gut erreichbar, barrierefrei und daher gut geeignet.

Herr Stadtrat Steuer (fraktionslos) berichtet aus seinen Erfahrungen im Seniorenbeirat.

Beschluss BA-057/2020

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Seniorenbeirat einen Lösungsansatz in Bezug auf verbesserte Strukturen für dessen Arbeit außerhalb der Beiratssitzungen zu erarbeiten. Neben der Einbindung verschiedener inhaltlich zuständiger Beauftragte/r soll auch die Ansprechbarkeit des Beirates optimiert werden. Zur Umsetzung dieses Anliegens soll ein zentral erreichbarer, barrierefrei zugänglicher Raum der Stadtverwaltung oder einer kommunalen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden, um Sprechstunden für Senioren und Seniorinnen durchführen zu können.
Die Terminalschiene soll im Seniorenbeirat festgelegt werden.

2. Die Stadtverwaltung wird weiterhin beauftragt, die Nutzung einer solchen Räumlichkeit durch weitere Beiräte zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt

8.8 Transparente Demokratie im Chemnitzer Stadtrat
Vorlage: BA-059/2020 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass die Transparenz in den Prozessen fehle. Der Livestream reiche da auch nicht aus. Die Wähler sollen noch Jahre später wissen, wie abgestimmt wurde. Aus diesem Grund fordert er die dauerhafte Aufbewahrung und die genauen Abstimmungsergebnisse einzupflegen. Man helfe so den Wählern die Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen. Der Aufwand für das Vorhaben sei sehr gering, aber das Vertrauen, was man aufbauen könne, sehr groß. **Herr Stadtrat Köhler** beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) weist daraufhin, dass ein Stadtratsmitglied der AfD-Stadtratsfraktion am Anfang der Wahlperiode keine Zustimmung zur Übertragung im Livestream gegeben habe. Das sei Teil der Selbstbestimmung. Zu einer dauerhaften Speicherung gebe es deswegen gravierende Bedenken. Des Weiteren beinhalte die Gemeindeordnung, dass man nur über die wesentlichen Inhalte eine Niederschrift führen müsse. Über die Fraktionen das Abstimmverhalten zu erfassen sei seiner Meinung nach nicht sinnvoll, da die Fraktionen noch nicht immer in der Gemeindeordnung enthalten waren und die Stadträte ein freies Mandat ausüben.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde. Eine Transparenz sei auf jeder Ebene gegeben. So zum Beispiel durch die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Anwesenheit der Presse und die Möglichkeit der namentlichen Abstimmung. Außerdem könne sich die Meinung eines Stadtrates auch ändern. Es zeuge von Weitblick, wenn man zugebe, dass man zu einem späteren Zeitpunkt „klüger“ als zum Zeitpunkt der Abstimmung war. Denjenigen dürfe man nicht an den Pranger stellen.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass er nur in der ersten Sitzung nicht zu sehen war, da er als neues Mitglied des Stadtrates zu Beginn beobachten wollte.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob der zweite Punkt zulässig sei und beantragt punktweise Abstimmung.

Frau Stadträtin Rabe (AfD-Stadtratsfraktion) kann die Debatte über die Persönlichkeitsrechte nicht nachvollziehen, da sie zu Anfang ihrer Stadtratstätigkeit darüber belehrt wurde, dass sie jetzt eine Person des öffentlichen Interesses wäre. Da die Übertragungen jetzt auch schon einen Monat lang gespeichert werden, wäre auch das bereits datenschutzrechtlich problematisch. Rechtlich mache das keinen Unterschied.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass man das Verfahren nicht ausprobieren könne. Man müsse entscheiden, ob es rechtlich zulässig sei oder nicht.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) schildert, dass sich seine Fraktion daran messen lasse, was sie gesagt habe und ob sie dazu gelernt habe. Die Stadt-

räte werden außerdem oft fotografiert und die Bilder im Internet veröffentlicht, ohne, dass die Stadträte dagegen handeln könnten.

Frau Stadträtin Bombien (SPD-Fraktion) sagt, dass es in dem Antrag nur darum gehe, die Stadträte an den Pranger zu stellen.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig antwortet auf die Frage von Herrn Stadtrat Andres, dass man den Antrag nicht aus formalen oder juristischen Gründen als nicht verhandelbar bezeichne und man auf die Risiken und Begrenzungen hingewiesen habe. In diesem Wissen müssen dann die Stadträte ihre Entscheidungen treffen

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der namentlichen Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Punkt 1 des Beschlussantrages

Herr	Andres	ja
Herr	Arnold	ja
Herr	Bartl	nein
Herr	Berger	nein
Herr	Boden	ja
Frau	Bombien	nein
Herr	Cedel	nein
Herr	Di Leo	nein
Frau	Drechsler	nein
Herr	Dr. Dringenberg	ja
Herr	Franke	ja
Herr	Fritzsche	nein
Frau	Furtenbacher	nein
Herr	Dr. Füsslein	nein
Herr	Gintschel	nein
Herr	Hähner	nein
Herr	Herrmann	nein
Frau	Kempe	nein
Herr	Kieselstein	nein
Herr	Köhler	ja
Herr	K. Kohlmann	ja
Herr	M. Kohlmann	ja
Frau	Kuhfuß	nein
Herr	Kuppi	ja
Herr	Leistner	nein
Frau	Ludwig	nein

Frau	Meyer	nein
Herr D.	Müller	nein
Herr	Müller-Rosentritt	nein
Frau	Neugebauer-Zeidler	nein
Herr	Otto	nein
Frau	Patt	nein
Frau	Pester	nein
Herr	Preuß	ja
Frau	Rabe	ja
Herr	Renz	nein
Herr	Rotter	nein
Frau	Saborowski	nein
Frau	Schaper	nein
Herr	Scherzberg	nein
Herr	Schinkitz	nein
Herr	Siegel	nein
Herr	Specht	nein
Herr	Steuer	ja
Frau	Thielemann	nein
Herr	Tillmann	nein
Frau	Tschök-Engelhardt	nein
Herr	Ulbrich	nein
Herr	Vieweg	nein
Herr	Wegert	ja
Frau	Weyandt	nein
Frau Dr.	Zabel	nein
Herr	Zschocke	nein
Frau	Zubrytzki	nein

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(13 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über den Punk 2 des Beschlussantrages

Herr	Andres	ja
Herr	Arnold	ja
Herr	Bartl	nein
Herr	Berger	nein
Herr	Boden	ja
Frau	Bombien	nein
Herr	Cedel	nein
Herr	Di Leo	nein
Frau	Drechsler	nein
Herr Dr.	Dringenberg	ja
Herr	Franke	ja
Herr	Fritzsche	nein
Frau	Furtenbacher	nein
Herr Dr.	Füsslein	nein
Herr	Gintschel	nein

Herr	Hähner	nein
Herr	Herrmann	nein
Frau	Kempe	nein
Herr	Kieselstein	nein
Herr	Köhler	ja
Herr K.	Kohlmann	nein
Herr M.	Kohlmann	Stimmenthaltung
Frau	Kuhfuß	nein
Herr	Kuppi	ja
Herr	Leistner	nein
Frau	Ludwig	nein
Frau	Meyer	nein
Herr D.	Müller	nein
Herr	Müller-Rosentritt	nein
Frau	Neugebauer-Zeidler	nein
Herr	Otto	nein
Frau	Patt	nein
Frau	Pester	nein
Herr	Preuß	ja
Frau	Rabe	ja
Herr	Renz	nein
Herr	Rotter	nein
Frau	Saborowski	nein
Frau	Schaper	nein
Herr	Scherzberg	nein
Herr	Schinkitz	nein
Herr	Siegel	nein
Herr	Specht	nein
Herr	Steuer	Stimmenthaltung
Frau	Thielemann	nein
Herr	Tillmann	nein
Frau	Tschök-Engelhardt	nein
Herr	Ulbrich	nein
Herr	Vieweg	nein
Herr	Wegert	ja
Frau	Weyandt	nein
Frau Dr.	Zabel	nein
Herr	Zschocke	nein
Frau	Zubrytzki	nein

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(8 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 8.9 Schaffung von Kleinspielflächen und Öffnung von städtischen Sport- und Spielflächen
Vorlage: BA-061/2020 Einreicher: FDP-Fraktion
-

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) führt aus, dass Bewegung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig sei und man deshalb im Stadtgebiet Angebote für alle Altersgruppen schaffen müsse. Aus diesem Grund wolle der Antrag bei der Sanierung von Spielplätzen, dass Kleinspielflächen berücksichtigt werden. Die Sportplätze von städtischen Schulen sollen auch nach der Schulzeit für eine Nutzung offenstehen. Er übernimmt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) erklärt den Änderungsantrag. Die Haftung bei den schulischen Sportplätzen liegen bei der Schule, wodurch es schwer wäre, diese „einfach“ zu öffnen. Eine Klärung sei jedoch durch Abstimmungen und bürgerschaftliches Engagement möglich. Das habe die Praxis gezeigt. So zum Beispiel bei der Rosa-Luxemburg-Schule.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt den Änderungsantrag seiner Fraktion und verliert die Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss BA-061/2020

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Neubau von Spielplätzen die Schaffung von Kleinspielflächen (bspw. 3x3m Basketball/Streetballfelder) in geeigneter Ausführung zu prüfen und dem Stadtrat (bzw. den zuständigen Ausschüssen) zur Entscheidung im Zusammenhang mit der geplanten Maßnahme vorzulegen.
2. Es ist zu überprüfen, inwieweit Bolz- und Sportplätze von städtischen Schulen zur Nutzung für Kinder und Jugendliche ab 17 Uhr geöffnet werden können.
3. Dabei ist zu prüfen, inwieweit lokale Akteurinnen und Akteure eingebunden werden können, die sich bereit erklären, als verantwortliche Ansprechpersonen für die Freigabe der Sport- und Spielflächen zur Verfügung zu stehen.

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen mehrheitlich bestätigt

- 8.10 Bezahlung im öffentlichen Gesundheitsdienst
Vorlage: BA-062/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
-

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass der öffentliche Gesundheitsdienst sehr vielseitig und die Aufgaben komplex seien. Das gehe mit einer hohen Verantwortung einher. Seit mehreren Jahren habe man Probleme mit der Besetzung von offenen Stellen in diesem Bereich. In den letzten Monaten konnte man die hervorragende Arbeit der Mitarbeiter des Gesundheitsamtes beobachten. Der Antrag solle dazu dienen den Ärzten im Gesundheitsamt eine analoge Bezahlung der Ärzte aus den Kliniken zu ermöglichen. Die Qualifikationen seien gleich. Anschließend geht sie auf die Stellungnahme der

Verwaltung ein.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) geht auf die geplanten Maßnahmen des Bundes ein. Er appelliert dahingehend dem Antrag nicht zuzustimmen, da es bundes- und landesrechtliche Regelungen dazu geben werde. Einer kommunalen Einzelregelung bedarf es nicht.

Herr Stadtrat Karl Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob es in der Kompetenz der Verwaltung liege über die Tarifverträge zu entscheiden. Nach seiner Meinung könne man Dienste in der Klinik und ambulante Dienste nicht vergleichen. Die Ärzte in den Kliniken seien hauptsächlich Therapeuten und im Gesundheitsdienst seien vorwiegend präventive Maßnahmen verortet. Somit sei das Risiko unterschiedlich. Sonderzahlungen bei Ausnahmefällen müssten dann über die Kasernen erfolgen und nicht über die Kommune. Er werde den Antrag ablehnen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass es in dem Antrag um eine Anpassung der Gehälter gehe. Die Ärzte im Klinikum haben sowohl diagnostischen als auch therapeutischen Einsatz, sowie auch im Gesundheitsamt. Auch das Risiko sei nicht unterschiedlich zu betrachten. Wenn vom Bund auch die Gehaltserhöhung kommen solle, stehe nichts dagegen, wenn man das jetzt bereits in der Kommune regle.

Beschluss BA-062/2020

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die im öffentlichen Gesundheitsdienst der Stadt Chemnitz bestehenden Stellen für Ärzt*innen eine Bezahlung analog zum Tarifvertrag TV-Ärzte Chemnitz (Tarifvertrag zwischen Marburger Bund und Klinikum Chemnitz gGmbH), mindestens jedoch analog zum Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TV-Ärzte/VKA) zu gewährleisten.

Die Eingruppierung ist analog zu gewährleisten, insbesondere die Eingruppierung der Amtsleitung sollte mindestens der eines Leitenden Oberarztes entsprechen.

Über die Umsetzung ist der Stadtrat spätestens im September 2020 zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 8.11 Unterstützung der Caterer bei der Finanzierung zur Sicherung der Essensversorgung in Kindertageseinrichtungen und Schulen
Vorlage: BA-063/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
-

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bringt den Antrag ihrer Fraktionsgemeinschaft ein. Der eingeschränkte Betrieb ermögliche noch keine Normalität in der Essensversorgung. Schüler verzichten aufgrund von kurzen Schulzeiten auf das Essen. Ebenso gebe es Probleme bei der Einhaltung des Hygienekonzeptes aufgrund von zu kleinen Räumen. Man müsse sich dafür einsetzen, dass ein Mittagessen wieder Normalität werde und Caterer eine Unterstützung erhalten.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erachtet das Anliegen als löblich. Bedenklich sei aber die Wettbewerbsproblematik. Die Kommune sei dafür nicht in der Pflicht. Die Einschränkungen habe das Land verursacht und sollte daher auch

für den Ausgleich eintreten. Das sollte von den Caterern geprüft werden. Man solle keine privatwirtschaftlichen Unternehmen aus dem städtischen Haushalt fördern. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion den Antrag annehme. Er schildert, dass es nicht um die Rettung der Unternehmen gehe, sondern um die Aufrechterhaltung der Essensversorgung an Kitas und Schulen, was eine kommunale Aufgabe sei, die vor Jahren an private Caterer vergeben wurde. Man müsse auch die strukturellen Probleme betrachten. So zum Beispiel bei der sinkenden Nachfrage.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) betont nochmals, dass das Land einspringen müsse. Aus dem Antrag sei nicht ersichtlich wie viel Geld das die Stadt kosten würde. Des Weiteren sei keine Deckungsquelle gegeben.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass die Schlüsselzuweisungen noch als Deckungsquelle geeignet und somit formell zulässig seien.

Beschluss BA-063/2020

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die mit der Beschlussvorlage B-116/2020 beschlossene Unterstützung der Caterer bei der Finanzierung zur Sicherung der Essensversorgung in Kindertageseinrichtungen und Schulen in Höhe von 1,00 EUR je Mahlzeit bis zum Schuljahresende am 17.07.2020 fortzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

8.12 Digitales Klassenbuch
Vorlage: BA-065/2020

Einreicher: FDP-Fraktion

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion den digitalen Klassenraum im medienpädagogischen Zentrum besichtigen konnte und davon beeindruckt war. Die Einführung des digitalen Klassenbuchs könne den Lehrern einen schnellen Zugang zu allen Arbeiten, Hausaufgaben und Vertretungsstunden geben. Außerdem können Eintragungen von zu Hause vorgenommen werden, wodurch der Unterricht schneller vor- und nachbereitet werden könne. Die Organisation werde ebenfalls besser. Er sagt außerdem, dass noch bestehende datenschutzrechtliche Bedenken besprochen und ausgeräumt werden müssen.

Frau Stadträtin Pester (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) schildert, dass Corona die positiven Seiten der Digitalisierung vieler Prozesse gezeigt habe. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde den Antrag jedoch ablehnen, da es noch viele Bedenken bezüglich des Datenschutzes gebe, die vorher behoben werden müssten. Des Weiteren brauche man Personal, welches die Hard- und Software warte und für Fragen zur Verfügung stehen sowie geschulte Lehrer. Die Kosten seien im Antrag nicht erwähnt. Ihre Fraktionsgemeinschaft erachtet eine Zentrallösung als falsch, da diese Angriffsfläche für Hackerangriffe biete.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass es nicht Aufgabe der Stadt sei die Bedenken aufzuheben, da das Sache des Landes sei. Er erachtet den Antrag als unkritisch und als Weg der Landesregierung zu zeigen, wie man vorgehen könnte. Er wirbt für den Antrag.

Herr Stadtrat Kuppi (AfD-Stadtratsfraktion) schildert, dass mit der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Gewährung und Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Schulen den Schulen vom Freistaat Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es wäre wichtig in den Schulen zu fragen, welche digitalen Endgeräte man benötige, wie man das Geld einsetzen könne und welche weiteren Maßnahmen getroffen werden müssen. Aus diesem Grund lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass die Berufsfachschule für Sozialwesen im kommenden Jahr dieses elektronische Klassenbuch einführe und man sich dann mit der Schule austauschen könne.

Herr Bürgermeister Burghart führt aus, dass man im Schul- und Sportausschuss mehrmals über den Digitalpakt informiert hat und von jeder Schule ein medienpädagogisches Konzept erhalten habe. Dabei seien die Anbindungen und die Endgeräte bereits enthalten. Bis zum 30.06.2020 besteht die Möglichkeit Anträge einzureichen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) berichtet, dass im Medienpädagogischen Zentrum der Fraktion der Rücken dahingehend gestärkt worden sei.

Herr Stadtrat Kuppi (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass man das Konzept der Schulen abwarten müsse, was diese an digitalen Endgeräten benötigen und wie man das Geld einsetze. Danach müsse man entscheiden, wer Interesse an einem digitalen Klassenbuch habe. Jetzt sei der Antrag nicht sinnvoll.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sagt, dass man jede Schule mit einer gewissen Grundausstattung versehen wolle.

Beschluss BA-065/2020

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Mitarbeit in Gremien (bspw. Sächsischer Städte- und Gemeindegtag) auf eine beschleunigte Einführung eines elektronischen/digitalen Klassenbuches hinzuwirken.

Die Mittel für das Endgerät je Klasse sollen möglichst bereits im DigiPakt berücksichtigt bzw. andere Finanzierungen geprüft werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen)**

8.13 Erweiterung Naturschutzgebiete in Chemnitz
Vorlage: BA-066/2020 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass man die Hinweise der Verwaltung aufgenommen habe. Ähnliche Intensionen gab es aus verschiedenen Fraktionen und dem AGENDA-Beirat. Die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete sei schon länger Thema in Chemnitz gewesen. Außerhalb der Eingriffsmöglichkeiten durch den Menschen wolle seine Fraktion den aufgelisteten Waldstücken Raum für Entfaltung geben. Man stärke damit die Flora und Fauna und erhalte sich ein Stück des kulturellen Erbes. Der Antrag sei ein Mandat für die zukünftige Arbeit und ein Zeichen für die Ansprechbarkeit der Stadträte für dieses Thema.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft den Antrag unterstützen werde. Er schildert, dass es von ihm einen ähnlichen Antrag gegeben habe und findet es schade,

dass die CDU-Ratsfraktion nicht mit seiner Fraktionsgemeinschaft zusammengearbeitet habe. Er hofft, dass bei Themen der Nachhaltigkeit künftig fraktionsübergreifend vorgegangen werde.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) führt aus, dass man nicht oft genug über den Chemnitzer Wald sprechen könne und seine Fraktion zustimmen werde. Er wünsche sich, dass man sich auch bei den Haushaltsverhandlungen an den Beschluss erinnere.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, ob es sich bei den vier ausgewiesenen Flächen um komplett städtische Flächen handle oder man hier auch auf private Interessen eingreifen würde.

Frau Stadträtin Rabe (AfD-Stadtratsfraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion zustimmen werde.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und ihre Fraktionsgemeinschaft werden dem Antrag ebenfalls zustimmen. Sie verweist auf einen Satz in der Stellungnahme, dass ein Verfahren aufgrund nicht besetzter Stellen nicht begonnen werden konnte. Das Verfahren und die Pflege seien komplex und müssen personell unteretzt sein.

Herr Bürgermeister Stötzer vermutet, dass nicht alle Flächen im Besitz der Stadt Chemnitz seien.

Beschluss BA-066/2020

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der zuständigen Behörde zu empfehlen, nachfolgend benannte Flächennaturdenkmale (FND) auf die Eignung in die höherwertige Einordnung als Naturschutzgebiet zu prüfen bzw. durch die zuständige Behörde prüfen zu lassen.

- Ebersdorfer Wald mit FND Himmelschlüsselwiese, FND Hinterer Wiesen und bestehende Ausgleichsflächen.
- Stärkerwald mit FND Obstwiesen und weitere Teiche und Wiesen
- Glösaer Wald mit FND Indianerteich und weiteren Wiesen, Teiche und Moore

Wasserwerkspark mit FND-Flächen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

8.14

Parkhaus Kaßberg

Vorlage: BA-068/2020

Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass Parkplätze in Wohngebieten knapp seien und der Kaßberg dahingehend ein besonderer Brennpunkt sei. Das Thema werde schon seit Jahren diskutiert. Die Verwaltung könne keinen Parkraum mehr schaffen und private Bauherren würden nicht bauen. Das Auto werde aber auch in Zukunft das Fortbewegungsmittel Nummer eins bleiben. Die letzte Parkraumuntersuchung fand auf dem Kaßberg im Jahr 2000 statt. Der hier ausgewählte Standort sei damals schon aufgeführt gewesen. Die Errichtung eines Parkhauses in städtischer Hand sei dafür die bestmögliche Lösung.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt dass seine Fraktionsgemeinschaft den Antrag ablehnen werde, da die Vorlage den Bewohnern des Kaßbergs eine Lösung vorgaukle. Er zitiert aus dem B-Plan Kaßberg Ost. Außerdem habe es bereits Anträge für Parkhäuser gegeben, gegen die jedoch geklagt wurde.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass man vor einigen Jahren ein Konzept zur Beseitigung der Defizite im öffentlichen Raum beim ruhenden Verkehr diskutiert habe. Seitdem habe sich kein Investor gefunden. Man brauche keine neuen Vorlagen, sondern Unternehmen, die Parkhäuser betreiben. Der Antrag löse das Problem nicht.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) ergänzt, dass man eine Konzeption brauche, die sich insgesamt um das Problem der Parkplätze kümmere und keine punktuellen Beschlüsse. Sie wirbt für die Prüfung der Lösung durch Einbahnstraßen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) merkt an, dass es Möglichkeiten gebe, jedoch viele Bewohner nicht dafür bezahlen wollen. Hinzu komme die Entfernung von Parkhaus zur Wohnung. Es sei also nur für die Leute interessant, die unmittelbar dort wohnen. An der ausgewiesenen Stelle ist zudem die Parknot nicht so groß wie in anderen Teilen des Kaßbergs.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass der Vorteil des Grundstückes darin liege, dass es in städtischer Hand sei. In der näheren Umgebung werden außerdem Parkplätze reduziert. Es müsse nun nach 20 Jahren ein neues Konzept geben.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.15 Überprüfung und Neubewertung von Stadtratsbeschlüssen angesichts der erwarteten schwierigen Haushaltslage der Stadt Chemnitz durch die Corona-Krise
Vorlage: BA-069/2020 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz
-

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) führt in den Antrag ein. Die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen der Corona-Pandemie werden gravierender als die gesundheitlichen Folgen sein. Das werde auch im Haushalt der Stadt zu erkennen sein. Der Stadtrat müsse in Kenntnis gesetzt werden, wenn beschlossene Maßnahmen nicht umgesetzt werden können. Die Verwaltung dürfe dann aber auch keine Vorlagen erstellen, welche erhebliche Kosten verursachen. Bei freiwilligen Aufgaben solle eine Prioritätenliste erstellt werden. Die noch umzusetzenden Beschlüsse sollen dahingehend geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.16 Finanziellen und haushaltswirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verantwortlich begegnen
Vorlage: BA-070/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
-

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bringt den Beschlussantrag ein. Als Stadtrat müsse man wissen, welche Spielräume man im Bezug auf das Haushaltsrecht habe. Mit dem Antrag wolle man die erforderlichen Informationen einfordern um die Situation als Stadtrat selbst einzuschätzen. Die Verwaltung solle rechtzeitig informieren, wie sie mit der aktuellen und zukünftigen Situation umgehen will. Sie bittet, dass die Vorbereitung des Haushaltes nicht ohne den Stadtrat stattfindet.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Stadträte nicht in ihrem Budgetrecht beschränkt gewesen seien. Die Verwaltung informiere bereits den Stadtrat über die aktuellen Situationen. Der Beschlusspunkt zwei des Antrages beziehe sich auf kleine Kommunen, die sehr haushaltsschwach sind. Der Kämmerer handle kooperativ und weitsichtig, wodurch niemand beschränkt werde. Man solle aufgabenorientiert planen. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass es eine Pflicht gebe, den Stadtrat zu informieren. Das sei nicht geschehen. Ihrer Meinung nach müsse man nochmals den Anstoß an die Informationspflicht geben.

Herr Bürgermeister Schulze führt aus, dass die Corona-Pandemie die Stadt hart getroffen habe. Dazu kommen noch weitere Kostensteigerungen. Bund und Länder haben nun ihre Unterstützung zugesichert. Wie hoch, wann und unter welchen Bedingungen diese erfolge ist jedoch noch nicht bekannt. Trotz der Hilfe solle man nicht so tun als wäre alles wieder in Ordnung. Die Tilgung von Krediten werden den Haushalt der nächsten Jahre belasten. Die Mittel vom Land seien keine Mehreinnahmen sondern der Ersatz für Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen. Aus diesem Grund habe er Anfang Mai gesagt, dass man einen Teil der Ausgaben überprüfen müsse. **Herr Bürgermeister Schulze** appelliert nicht übermutig zu werden. Man sei gemeinsam in der Pflicht Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen mit viel Vernunft und Weitsicht zu treffen.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass man Transparenz zeigen müsse, wenn die Stadträte noch Einfluss nehmen können.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ist froh, dass der Kämmerer die Bewirtschaftungssperre wieder aufgehoben habe. Die Sperrung von 13 Millionen Euro war spürbar. Eine Sensibilität bei diesem Thema sei wichtig. Sie wirbt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Schulze sein Misstrauen gestärkt haben.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass es das Anliegen sei, dass man beispielsweise von einer Bewirtschaftungssperre vor der Presse erfahre. Durch den Erlass des Staatsministeriums sei es verständlich, dass die Stadträte fragen, was sich daraus für Möglichkeiten ergeben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.17 Befreiung von Schaustellern für die Gebühren aus der Sondernutzungssatzung, sowie der Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für die Nutzung von Marktflächen, des Festplatzes und der markttechnischen Anlagen im Jahr 2020
Vorlage: BA-071/2020 Einreicher: CDU-Ratsfraktion
-

Der Beschlussantrag wurde vertagt.

- 8.18 Schulschwimmen der Jahrgangsstufen 19/20 und 20/21
Vorlage: BA-072/2020 Einreicher: SPD-Fraktion
-

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) führt in den Antrag ein. Viele Eltern und Schüler haben damit gerechnet, dass die Schüler in der zweiten Klasse schwimmen lernen werden. Das ist jedoch durch das Coronavirus entfallen. Die Verwaltung solle Lösungen vorschlagen, wie die Kinder, die noch nicht schwimmen können, dieses nachholen können.

Herr Bürgermeister Burghart führt aus, dass man zu dem Thema im Kontakt mit dem Landesamt für Schule und Bildung stehe. Ebenso gibt es Gespräche mit den Vereinen, da das Landesamt für Schule und Bildung keine zusätzlichen Lehrer habe. Man werde jedoch das Problem nicht kurzfristig lösen können, solange es die Abstandsregelungen im Schwimmbad gebe.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Antrag zustimmen werde und bittet um ein Zusammenwirken mit den Vereinen. Er weist auf den integrativen Sporthort hin, welcher das Schwimmenlernen als Schwerpunkt habe. Für ihn sei es unverständlich, dass dieser Hort im Gegensatz zu anderen Horten nicht öffnen dürfe. Er bittet um Prüfung, damit der Hort seine Tätigkeit zeitnah aufnehmen könne.

Beschluss BA-072/2020

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Verfahrensweise zu erarbeiten, um der aktuellen Jahrgangsstufe der 2. Klassen zu ermöglichen, den seit März entfallenen Schwimmunterricht nachzuholen und den Frühschwimmer (Seepferdchen) bzw. Freischwimmer (Bronzeabzeichen) abzulegen.

Hierfür sind die Bereitstellung möglicher Hallenzeiten und weitere unterstützende Maßnahmen, ggf. in Abstimmung mit dem LASuB, zu prüfen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine schnelle Lösung zu erarbeiten und bestenfalls umzusetzen und den Schul- und Sportausschuss spätestens in der Sitzung im September zu informieren. Sollten jedoch Beschlussfassungen notwendig sein, sind diese unmittelbar nach der gremienfreien Zeit in Ausschuss und Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) möchte wissen, wann die avisierte Verkehrszählung auf der Rudolf-Krahl-Straße (Angabe von Tagen und Uhrzeiten) und in welchem Bereich oder an welchen Stellen die Zählung der Fahrzeuge und die Rudolf-Krahl-Straße querenden Fußgänger erfolge.

Herr Stadtrat Falk Müller (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, wer auf welcher Grundlage, zu welchem Zweck und zu welchen Kosten das Objekt der ehemaligen Schulküche Theodor-Neubauer-Schule an den Subbotnik e.V. überlassen habe.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, wie hoch aktuell die verfügbaren Mehrerträge der allgemeinen Schlüsselzuweisungen seien. Sie fragt außerdem, ob auch bei den investiven Schlüsselzuweisungen in 2020 höhere Einzahlungen als veranschlagt beschieden worden und wenn ja, wie hoch diese noch verfügbar seien.

10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt.

27.07.2020 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

18.08.20 *Sandra Zabel*
Datum Dr. Zabel
Mitglied
des Stadtrates

30.07.20 *Ch. Furtenbacher*
Datum Furtenbacher
Mitglied
des Stadtrates

24.07.20 *Müller*
Datum Müller
Schriftführerin